

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bestes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Fernsprecher Nr. 60.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von A. Cramer
Großherzoglich Luxemburgischer Hoflieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 85 Pfg., durch Boten gebracht
95 Pfg., durch die Post 2,85 Mk. vierteljährlich ohne Postgeld
Einkaufsgebühr: 20 Pfg. die einseitige Zeile.

Nr 290 — 1918.

Weilburg, Donnerstag, den 12. Dezember.

70. (78.) Jahrgang.

Emanuel Wurm,

der Leiter des Kriegsernährungsamts,



Der La. Vollzugsrat der Reichsregierung in bemerkenswerter Rede einen trefflichen Ueberblick über die zukünftige Ernährung des deutschen Volkes gab, tatkräftigste Bekämpfung des Schleichhandels ankündigte und strenge Sparsamkeit mit den Lebensmitteln zur Pflicht eines jeden einzelnen als notwendig hinstellte.

August Thissen,



Der bekannte rheinische Großindustrielle, der angeblich wegen Landesverrat, in Gemeinschaft mit noch anderen Großindustriellen verhaftet worden ist. Die Großindustriellen sollen am 5. Dezember in Dortmund eine Versammlung abgehalten haben, wobei August Thissen gesagt haben soll, man müsse unbedingt die Ententetruppen ins Land rufen, um hier Ordnung zu schaffen. Diese Aeußerung will einer der bediensteten Kellner gehört haben.

Amtlicher Teil

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

Betr. Versteigerung von Militärpferden.

Mehrfach haben Bürgermeister von Truppenteilen zurückgelassene Pferde verkauft oder versteigert. Dies ist unzulässig, widerspricht der bereits bekannt gemachten Anordnung des Generalkommandos und wird hiermit nochmals ausdrücklich verboten, auch für den Fall, daß der betreffende Truppenteil die Pferde zur Versteigerung zurückgelassen hat.

Der wahnsinnigen Verschleuderung von Militäreigentum muß endlich ein Ende gemacht werden; alle dadurch dem Volkvermögen entstehenden Verluste hat das Volk wieder durch Steuern aufzubringen!

Freihändige Verkäufe von Pferden sind überhaupt untersagt; Versteigerungen dürfen nur durch die verantwortlichen Dienststellen, nämlich die Ersatztruppenteile vorgenommen werden; alle anderen Verkäufe sind rechtlich unwirksam.

Zurückgelassene Pferde sind durch die Bürgermeister der in Weilburg von der Militärbehörde eingerichteten Pferdesammelstelle zuzuführen, wo eine Bescheinigung

über die Uebergabe der Pferde erteilt wird. Etwaige Belege der zurücklassenden Truppenteile pp. und über die für Fütterung entstandenen Kosten pp. sind mitzubringen.

Sollten Pferde nicht marschfähig sein, so ist dies der Ortskommandantur Weilburg mitzutellen, welche dann das Weitere veranlassen wird.

Bürgermeister, welche die erlassenen Vorschriften nicht beachten, haften nicht nur dienstlich, sondern für den entstehenden Schaden auch zivilrechtlich.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich erlaube sofort ortsüblich bekannt zu machen, daß bei den Truppen der 42. Instr.-Division bereits entlassene Heeresangehörige, die in der Heimat keine Beschäftigung finden, wieder eingestellt werden können. Erforderlich sind Handwerker, Krankenwärter, Küchenarbeiter, Pferdepfleger usw.

Die in diesen Stellen verwendeten Mannschaften erhalten neben der mobilen Löhnung ihres Dienstgrades eine tägliche Zulage von 3¹/₂ Mark.

Ferner können Zivilarbeiter zu den ortsüblichen Tageslöhnen angenommen werden.

Meldungen sind an die Division (Abt. IIa) in Weilburg, Tächterschule zu richten.

Der Landrat.

J. Nr. IB. Id. 2984. Berlin W. 9, den 29. Nov. 1918.

Bekanntmachung.

Es kommt noch fortgesetzt vor, daß örtliche Arbeiter- und Soldatenräte in den Forstbetrieb eigenmächtig eingreifen, die geregelte Jagdausübung der Forstbeamten und anderer Jagdberechtigten unterbinden, ja selbst Treibjagden unter Dinzugziehung zur Jagd unberechtigter Personen veranstalten.

Dieses Vorgehen verstößt gegen die Verordnungen, die die Reichs- und Staatsregierung und der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats erlassen haben. Im Interesse der Volksernährung und zur Vermeidung von Wildschäden ist bereits angeordnet worden, daß alle Forstbehörden für einen verstärkten Abschluß des Wildes in geregelter Jagd Sorge tragen.

Glauben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte feststellen zu können, daß dieser Anordnung von örtlichen Forstbehörden und sonstigen Jagdberechtigten nicht hinreichend entsprochen wird, dann müssen sie sich an die Regierungsbehörden ihres Bezirks oder an die Zentralbehörden wegen Abhilfe wenden.

Eigenmächtiges Eingreifen in die Befugnisse der Forstbehörden und in die Rechte der Jagdberechtigten muß unterbleiben.

Alle Jagdberechtigten weisen wir erneut darauf hin, daß die Sicherstellung unserer Volksernährung den erheblich stärkeren Abschluß des Wildes dringend geboten erscheinen läßt.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Braun. Söfer.

J. Nr. IB. 8776/11b. 9518. Berlin W. 9, den 19. 11. 18.
Leipzigerstraße 2.

Betrifft: Vergebung von Aufträgen.

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feldgrauen kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu reichlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Inangriffnahme größerer Arbeiten und Erteilung mannigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gefordert werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften, auch an jeden Privatbetrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, an die aus dem Felde oder aus dem Heeresdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Aenderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und Ge-

schäftsleute ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Fischbeck.

Stellv. Generalkommando Frankfurt a. M., den 5. 12. 18
XVIII. Armee Korps.
Abt.: Mob. Nr. 8391.

Noch immer sind weite Kreise der Bevölkerung darüber beunruhigt, daß unter Umständen Angehörige der Jahrgänge 1896—1899 im vom Feinde zu besetzenden oder neutralen Gebiet interniert würden.

I. Demgegenüber wird nochmals darauf hingewiesen, daß jeder Wehrpflichtige — einerlei welchem Jahrgang er angehört — nicht interniert wird, wenn er einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein hat.

Was unter einem solchen zu verstehen ist, ist des öfteren bekanntgegeben.

II. Wehrpflichtige — wiederum ohne Rücksicht darauf, welchem Jahrgang sie angehören — die, sei es weil sie reklamiert waren oder sei es aus Gesundheitsrückichten, nie gedient haben, brauchen nach Ansicht aller maßgebenden Stellen an sich schon nicht zu befürchten interniert zu werden.

Um aber ganz sicher zu gehen und jeden Grund zu derartigen Befürchtungen zu heben, sind die Bezirkskommandos bezw. im zu räumenden Gebiet die Kontrollämter angewiesen, den Betreffenden einen abgestempelten unterschriebenen Bahvoermerk des Inhalts auszustellen, daß er nie Soldat gewesen ist.

Deshalb müssen sich alle in einer derartigen Lage befindlichen Personen an ihr zuständiges Bezirkskommando bezw. Kontrollamt melden.

Reicht die zur Verfügung stehende Zeit nicht aus, sich noch an das Bezirkskommando zu wenden, so genügt letzten Endes auch eine gleichlautende ordnungsgemäß ausgefertigte und abgestempelte Bescheinigung der zuständigen Ortsbehörde.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats.

Das Hells. Generalkommando XVIII. A. K.

Stendebach, Oberleutnant und Abteilungsvorstand.

II. R. 1040. Weilburg, den 10. Dezember 1918.

Betr. nichtbelieferter Saatarten.

Zur Durchführung der von der Reichsgetreidekasse eingerichteten Kontrolle ist es notwendig, daß der Verbleib aller ausgestellten Saatarten überwacht wird. Es wird daher angeordnet, daß alle Saatarten, welche die Empfänger nicht zum Erwerb von Saatgut benutzten, an die Stelle, welche die Saatart ausgeliefert hat, zurückgeliefert werden müssen.

Die Rücklieferung unbefieferter Karten liegt im allgemeinen Interesse der betr. Landwirte pp., da die Wirtschaftskarten bei Ausstellung der Saatarten um die in ihnen angegebene Menge belastet worden sind und die Richtigstellung nur bei Rückgabe der Karten erfolgen kann.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, ortsüblich auf vorstehende Anordnung hinzuweisen.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

I. 5122. Weilburg, den 6. Dezember 1918.

Diejenigen Industrie-, Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts- pp.-Betriebe, sowie diejenigen Behörden, welche zahlenmäßige Arbeitskräfte benötigen und einzustellen beabsichtigen, können bei den Stadt- und Gemeindebehörden unentgeltlich Kartenvordrucke empfangen und dieselben nach Ausfüllung zwecks Anforderung der zahlenmäßigen Arbeitskräfte bei den Arbeitsnachweisen pp. einreichen.

Der Landrat.

Weilburg, den 11. Dezember 1918.

Telegramme an das Generalkommando über Einquartierung durchziehender Truppen erübrigen sich.
Generalkommando 18. Armee Korps.

Wird für die Herren Bürgermeister zur Kenntnis und Beachtung veröffentlicht.
Der Landrat.

I. 5105. Weilburg, den 5. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Die Entlassungsanstalt auf dem Gefangenen-Lager bei Limburg a. L. ist für entlassene Soldaten täglich von nachmittags 1 Uhr ab geöffnet.
Der Landrat.

Limburg, den 26. November 1918.

Gesammeltes Heeresgut kann beim hiesigen Bezirkskommando nicht mehr abgenommen werden. Alles derartige Gut ist dem Garnisonkommando Weilburg einzuzuliefern.

Garnisonkommando Limburg (Lahn).

Nichtamtlicher Teil

Arbeiterlöhne und Arbeiterexistenz.

An den Wahlen zur Nationalversammlung, die den festen Grund schaffen soll, auf dem das neue Deutschland aufgebaut werden kann, ist das ganze deutsche Volk teilzunehmen berufen. Ebenso müssen alle mithelfen, um unsere wirtschaftlichen Zustände wieder gesunden zu lassen. Die letzten Wochen haben vor allem in immer maßloseren Lohnforderungen der Arbeiter eine Erscheinung gezeigt, durch die die Arbeiten für den Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens aufs äußerste erschwert und gefährdet werden müssen. Die Männer, die gegenwärtig die Regierungsgewalt in Händen haben, haben damit auch eine schwere Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke übernommen; sie werden jetzt, wo die Not des Vaterlandes aufs höchste gestiegen ist, zu zeigen haben, ob sie sich dieser Verantwortung bewußt und tatsächlich im Besitze der Autorität sind, die sie für sich in Anspruch nehmen. Wenn dies der Fall ist, so müssen sie entweder selbst oder durch Vermittlung der Gewerkschaftsführer auf die Arbeiter dahin einwirken, daß sie sich in ihren Lohnansprüchen bescheiden und der tatsächlichen Lage, in der sich gegenwärtig die große Mehrzahl der Wirtschaftsbetriebe befindet, Rechnung tragen.

Was wir jetzt brauchen, ist vor allem wirtschaftliche Aufklärung. Den Arbeitnehmern muß klargemacht werden, daß wir aus dem Schutt und Schlamm, in dem wir stehen, nur durch Fleiß und Sparsamkeit herauskommen können. Den Arbeitnehmern muß klargemacht werden, daß, wenn der Besitz der Reichen aufgeteilt würde, der einzelne Arbeiter lediglich einen Augenblicksgewinn machte, sehr bald aber das Ganze zugrunde gehen müßte. Es liegt für jeden scheidenden Menschen auf der Hand, daß die Unternehmer angesichts des Mangels an Rohle und Rohstoff vielfach nicht wissen, ob sie morgen noch produzieren können. Der ruhig denkende Arbeiter wird auch dafür Verständnis haben, daß jede neue Lohnsteigerung unausbleiblich weitere Preissteigerungen nach sich ziehen muß, daß er also obwohl er mehr verdient, nicht kaufkräftiger wird.

Die Verhinderung übermäßigen Gewinnes der Unternehmer muß ihr Korrelat finden in der Beschränkung der Lohnforderungen der Arbeiter auf ein vernünftiges und erträgliches Maß. Was dem einen recht sein muß, sollte der andere als billig anerkennen. Und jeder deutsche Arbeiter lerne aus den Vorgängen in Rußland, jeder höre die Wahrheit, die mahnend und warnend der „Vorwärts“ heute ausspricht:

„Man hat in Rußland die Bourgeoisie nach allen Regeln der Kunst gezwiebelt, aber kein Proletariat hat davon dickere Backen bekommen. Alles wirtschaftliche Unheil, das man über die Besizenden brachte, fiel auf die Besizlosen doppelt und dreifach zurück.“

Das Heer zu Hause.

In diesen beiden letzten Wochen vor dem Fest kommt der Hauptteil der deutschen Frontarmee im Westen und Osten in die Heimat zurück und soll zunächst sofort entlassen werden, sodas der deutschen Familie ein Weihnachtsgeschenk des Wiedersehens besichert werden wird. Freilich überall da, wo dies ausbleibt, wird die kaum vernarbte Wunde der Trauer nochmals heiß brennen, und die schmerzliche Empfindung wird sagen, daß das schwere Opfer umsonst gewesen ist. Erfüllen kann allein das Bewußtsein der treuen Pflichterfüllung, die auch allen Lebenden Respekt einflößen und Vorbild bleiben muß.

Wenn der Soldat zu Hause das Gewehr abliefern, so gibt er damit noch nicht das Soldatenbewußtsein und die Erinnerung an die erlebten harten Jahre ab. Er fühlt sich noch als Kriegsmann, der für das Vaterland gekämpft hat, der also auch ein Anrecht darauf hat, zu beobachten und mit zu bestimmen, daß es zu Hause so zugeht, wie es dem entspricht, was er und seine Kameraden von der Front geleistet haben. Vor den deutschen Waffentaten hat der Feind bis zum letzten Schuß Achtung gehabt, daran ändert alles Jeteren der feindlichen Zeitungen nichts. Der

Soldat hat getan, was er konnte, obwohl es schwer war, er kann verlangen, daß auch in der Heimat getan wird, was leicht ist, nämlich deutsche Größe zu zeigen. Nicht zanken und schelten, arbeiten und aufbauen, das ist die Parole, dem Gegner zeigen, der uns peinigend will, daß nicht das Mark aus den Knochen verschwunden ist. Das kann der Soldat verlangen, und das verlangt er. Er wäre nicht wert, ein deutscher Soldat gewesen zu sein, wenn er es nicht täte.

Das Heer, das in Hunderten von Schlachten gestiegen und nie in wilder Flucht dem Feinde den Rücken gezeigt hat, sucht in der Heimat den Frieden, es weist die Phantasien von einem Jwist unter den Bürgern weit zurück. Es will, daß Deutschland aufrecht steht und wieder erstarbt. Dafür die Fahne zusammen zu heften, wenn es mal knapp hergeht, ist nicht so schlimm, als das Durchhalten im schärfsten Feuer. Aber das Heer kann es nicht ertragen, daß der Feind über uns spöttelt, weil wir nach dem Kriege es an deutschem Geist fehlen lassen. Gradheit und Ordnung braucht auch die deutsche Republik als Bewußtsein für ihr neues Haus, und darüber muß das goldene Zeichen der Ehre leuchten, nachdem die Kaiserkrone verschwunden ist.

Der Soldat kann auch nicht in wenigen Tagen seinen eintägigen Kriegsherrn vergessen, der ihm vielleicht selbst das Eiserne Kreuz übergeben hat. Wer zusammen im Feuer gestanden hat, steht den anderen als Kamerad an, mag er auch noch so hoch sein, und daran kann alle Politik nichts ändern. Aber diese Treue gegen die schöne Erinnerung aus der ruhmvollen Vergangenheit hindert nicht, daß der einstige Krieger auch der Gegenwart gibt, was sie verlangt, und der neuen Regierung Achtung erweist. Denn in ihr verkörpert sich das Vaterland, das nach wie vor den Namen Deutschland trägt. Der Name legt Verpflichtungen, die erfüllt werden müssen, auf Verpflichtungen auch gegen das Heer, das sich seinen Ruhm von niemandem verkleinern zu lassen braucht, das stets für die deutsche Ehre eintreten wird.

Wir wissen nicht, welche Überraschungen und Möglichkeiten uns noch in der Zukunft bevorstehen, und keiner wird etwas voraus zu sagen wagen, nachdem im letzten Vierteljahr bei uns so viel anders gekommen und anders geworden ist. Wenn wir aber sehen, daß uns auch diese Schicksalschläge nicht auf den Rücken geworfen haben, dürfen wir hoffen, daß wir auch ferner die Zukunft bestehen. Und alle alten Soldaten werden dabei wie in der Front Schulter an Schulter weiterrufen, um das Werk zu vollenden, das sie draußen begonnen haben, das deutsche Vaterland zu erhalten. Verloren ist nur, wer sich selbst verloren gibt. Und diejenigen, die das vor dem Feinde nicht getan haben, werden es daheim, bei Weib und Kind, erst recht nicht fertig bringen. Wie es bisher für die Frontsoldaten hieß, so wird es auch ferner klingen: „Die gut Deutschland in Ehren allewege!“

Wm.

Der kritische Sonntag in Berlin.

Ohne Blutvergießen.

Der vergangene Sonntag war für Berlin ein kritischer Tag erster Ordnung. Man sah den angekündigten Massen-Demonstrationen mit Besorgnis entgegen, da man Provokationen des Spartakusbundes befürchtete. Es ist aber, obwohl Hunderttausende auf den Meinen waren, bis auf einige leichte Verletzungen von Mannschaften der Sicherheitswache vor dem Reichskanzlerpalais alles friedlich zugegangen.

Der Erfolg des Tages gehörte unstreitig den Mehrheitssozialisten, die in 14 großen Volksversammlungen zusammenkamen und Reden der Parteiführer mit der obligaten Entschlieung entgegennahmen.

Welche Taten die Regierung vorbereitet, um dem Hezenfabath in Berlin ein Ende zu machen, erfuhr man freilich aus den Reden nicht, und in dieser Beziehung waren auch die Versammlungsbesucher etwas kritisch.

Von der großen Freitreppe des alten Museums herab erklärte Ebert vor den Menschenmassen im Lustgarten, die Regierung werde allen Versuchen, sie mit Waffengewalt anzugreifen, mit äußerster Entschlossenheit begegnen, auch wenn Liebknechts fanatische Anhänger täglich nach Gewalt riefen. Auf dieser Erklärung gab es zahlreiche Zurufe:

„Aber auch Wort halten! — Feste zupacken!“

In den Prachtgalerien des Westens hielt Scheide-

mann eine Rede mit den Liebknecht-Deuten in der er eine Art

Ultimatum an die Spartakusgruppe

erließ. Nach einer Schilderung unserer zerfahrenen Zustände, dem Ruin von Handel und Industrie, legte er die Verantwortung hierfür den Arbeitern selbst auf und erklärte:

„Ich sehe diesen Zuständen keine acht Tage mehr zu; ich gehe!“

Die Versammlung nahm diese Worte mit stürmischen Rufen: „Nein, nein, schaffen Sie Ordnung!“ entgegen.

In der Mittagsstunde versammelten sich einige Tausend Liebknecht-Anhänger in Treptow, im Tiergarten, im Friedrichshain und Humboldthain. Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer, Liebknecht darunter, zu einer

Demonstration vor das Reichskanzlerpalais, wobei die Menge heftige Verwünschungen gegen die Ebert-Scheidemann-Regierung ausstieß.

Zur Lage.

Wilson gegen Churchill.

Havas meldet: Gegenüber den Erklärungen Churchills, daß England die Vorherrschaft zur See beanspruchen müsse, wird Präsident Wilson in einer öffentlichen Rede oder bei Gelegenheit der Präliminarfriedensverhandlungen Anlaß nehmen, sich zu äußern.

Die Leibwache des Volkzugrats.

Aus Anlaß des Putschversuches gegen den Volkzugrat sind die Gardepioniere, die im Abgeordnetenhause die Wache für den Volkzugrat bildeten, durch 350 Matrosen abgelöst worden, die im Abgeordnetenhause einquartiert worden sind und noch durch weitere 200 Mann verstärkt werden sollen.

Statt 157 Millionen Ueberschuß — 1,5 Milliarden Defizit.

Gegenüber Berliner Journalisten erklärte der preussische Minister Hirsch, daß der preussische Staat für das kommende Jahr statt eines Ueberschusses von 157 Millionen Mark im Jahre vorher einen Ausfall von 1,5 Milliarden Mark aufweise. Die Folge werde wahrscheinlich eine Erhöhung von 60 % der Eisenbahntarife sein.

Hirsch erklärte hierzu, mit einer solchen Maßnahme habe schon das verstoßene bürgerliche Ministerium gerechnet.

Die Hamburger heben den Religionsunterricht auf.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt; auch Schulanfänger sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Elfjährige Wähler.

Die „Dressener Volkszeitung“, das Organ der gegenwärtigen sächsischen Regierung, bringt unter der Überschrift „Revolution und Volksbildung“ einen, allem Anschein nach von dem neuen Kultusminister Bud herrührende Artikel, in dem über den Religionsunterricht in den Schulen u. a. gesagt wird:

„Es besteht kein zwingender Anlaß gegen die Durchführung folgender freiheitlicher Forderung: Von Neujahr an ist in den Schulen aller Religionen Unterricht wahlfrei; für Kinder bis zu zehn Jahren bestimmen die Eltern, ob sie noch am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Kinder von elf und mehr Jahren entscheiden selbst darüber.“

Das sächsische Kultusministerium geht also noch weiter, als das preussische unter Adolf Hoffmann, das erst den über 14 Jahre alten Schülern das Bestimmungsrecht über die Teilnahme am Religionsunterricht teilnehmern wollen oder nicht.

Putschversuche in Hamburg.

Vom Hamburger A. und S.-Rat wird folgende Meldung verbreitet:

„An den Redakteur des „Hamburgischen Korrespondenten“ übertraten vor einer Woche Kapitalisten und Reaktionäre mit der Frage heran, ob er ihnen nicht Verbindungen mit Soldatenkreisen verschaffen könne. Es handelte sich darum, führende radikale Mitglieder des Arbeiterrates zu beschaffen, um den Arbeiterrat mit gemäßigten Elementen zu besetzen und sofort den Senat und die Bürgerchaft zu

rennen zu lassen. „Ruschke hat geantwortet, daß er, in dem Morde angelastet?“

„Das sagte ich ja bereits,“ erwiderte trocken der Untersuchungsrichter.

Da legte der Müller beide Hände vors Gesicht und begann heftig zu schluchzen. Er hörte es nicht, daß der Untersuchungsrichter ihm nochmals mit eindringlichen Worten nahelegte, nun ebenfalls zu gestehen. Böllig gebrochen ließ er sich willenslos in seine Zelle führen. „Nun ist alles aus,“ stöhnte er beim Verlassen des Zimmers.“

Nachdem Irgens Vernehmung beendet, folgte die Ruschkes. Während aber Irgens das Gespräch und die diesem vorausgegangene Szene am Tage vor dem Morde ohne weiteres eingestand, bestritt Ruschke, das Gespräch mit Irgens geführt zu haben, erkannte er doch sofort den Ernst der Lage, ebenso bestritt er, mit dem Müller jemals über die Ermordung des Barons gesprochen zu haben.

Er sei mit Irgens nur wegen des Mühlenkaufes in Boshpol zusammengetroffen und sollte, wenn Irgens die Mühle bekommen würde, für seine Laufereien vom Müller tausend Mark erhalten.

Ruschke hatte der Untersuchungsrichter Ruschke ausreden lassen. Dieses Beugnen beseitigte den letzten Zweifel an der Schuld der beiden Inhaftierten. Mit donnernder Stimme hielt er Ruschke vor, daß er etwas leugne, was Irgens bereits eingestanden und ein Zeuge zu beschwören bereit sei. Ruschke wäre der Mörder des Barons. Am Tage vor der Ermordung sei der schreckliche Plan geschmiedet worden. Die tausend Mark, die der Müller ihm hätte zahlen wollen, seien nicht als Mühlenkauf, sondern als Blutgeld für die Ermordung des Barons bestimmt gewesen. Daran ändere auch sein, Ruschkes, Beugnen nichts, zumal der Müller das bereits zugegeben hätte.

„Das hat der Lump wirklich gesagt?“ fragte Ruschke, ingrimmig mit den Zähnen knirschend. „O dieser niederträchtige Mensch! Wenn er wirklich den Baron ermorden lassen wollte, ich habe niemals mit einem solchen Plane

Auf falscher Fährte.

Roman von Max Esch.

25) Nachdruck verboten.

Das sei aber auch alles gewesen. Dann sei mit keinem Worte auf die Ermordung des Barons angespielt worden, vielmehr habe Ruschke ihm Bericht über seine Entlassungen wegen des Mühlenkaufes in Boshpol erstattet. Wenn dieser Kauf zustandekommen würde, sollte Ruschke von ihm tausend Mark erhalten. Er, Irgens, hätte vorerst im Hintergrunde bleiben wollen, bis der Boshpolder Müller die Bedingungen des Kaufes schriftlich festgesetzt haben würde, damit er nicht mehr von einem Verkauf zurücktreten konnte.

„Und das soll ich Ihnen glauben, Irgens?“ fragte der Untersuchungsrichter.

„Ja, es ist doch aber so gewesen, wie ich sagte,“ erwiderte bestürzt der Müller. „Sie können ja den Ruschke fragen. Er wird Ihnen das gleiche sagen.“

„Natürlich,“ höhnte der Richter, „er wird mir das gleiche Märchen aufbinden, das Sie sich so hübsch vor Ihrer Verhaftung ausgedacht. Aber Sie müssen mich doch für schrecklich einfältig halten, daß Sie mir mit einer solchen Erklärung zu kommen wagen, da der Stempel der Lüge ganz offenkundig ausgeprägt ist. Warum sind Sie, wenn es Ihnen mit dem Mühlenkauf ernst war, denn nicht offen hervorgetreten?“

„Weil der Boshpolder Müller, der meine Lage kannte, dann mindestens zehntausend Mark mehr verlangt hätte, die ich durch Ruschke zu verdienen gedachte,“ entgegnete Irgens.

„Dann bedient man sich als Mittelsperson doch nicht eines Tagelöhners, von dem jeder wußte, daß er völlig mittellos war,“ hielt ihm der Richter entgegen.

Darauf wußte Irgens keine Antwort zu geben.

Nach einer Pause fragte der Richter weiter: „Nun,

Irgens, Sie sehen wohl jetzt ein, daß Sie eine Lüge begingen, als Sie diese Erklärung abgaben. Ich will Ihnen nun sagen, warum Sie auf Geheimhaltung Ihres Paktes drangen und sich hüteten, dem Ruschke etwas Schriftliches zu geben. Sie wollten, wenn die Sache schief abließ, den Kopf nicht in die Schlinge stecken. Daran, daß Sie von den verschiedensten Personen in mehr als auffälligen Situationen mit Ruschke beobachtet worden sind, haben Sie anscheinend nicht gedacht. Es waren das für Sie Nebenbeteiligte, die jetzt allerdings zum Fallstrick geworden sind. Das geht den meisten Verbrechern, die glauben, jede Spur verwischt zu haben, ebenso. Ihr Beugnen kann, nachdem Sie selbst die Richtigkeit des Gesprächs mit Ruschke zugegeben, Sie von der Anklage wegen Verteilung zum Morde nicht mehr retten. Die ganze Strenge des Befehles wird Sie treffen, wenn Sie durch ein umfassendes Geständnis sich nicht milde Richter schaffen werden. Nur ein solches kann Sie vor dem Schlimmsten bewahren. Noch ist es Zeit, Irgens, gehen Sie in sich und erleichtern Sie Ihr Gewissen durch ein reumütiges Geständnis, dann werden Ihre Richter sicher Milde walten lassen.“

Ruschke hatte der Müller die eindringliche Ermahnung über sich ergehen lassen, als der Untersuchungsrichter geendet, antwortete er gepreßt: „Ich habe doch aber nichts zu gestehen.“

„Es ist ja auch gar nicht nötig, daß Sie uns etwas eingestehen,“ warf leichtsin der Untersuchungsrichter hin, „da Ruschke uns bereits angegeben hat, daß Sie ihn zu dem Morde anstifteten.“ Es war das ein alter Trick, den der erfahrene Kriminalist anwandte, um Irgens zu überlisten. Während er scheinbar in dem vor ihm liegenden Aktenbündel las, beobachtete er den Eindruck seiner Worte, mit deren Wirkung er sehr zufrieden war; denn offenbar auf das höchste erschrocken, starrte der Müller mit offenem Munde ihn an; keines Wortes mächtig, stand er bebend und zitternd da. Erst nach geraumer Zeit brachte er

Schaffung einer Hamburgischen Verfassung einzuberufen. Hier hatte Beziehungen zu dem Wirtsofen Jeller und zwei ehemaligen Mitgliedern der Preissektion des U. und S. Rates.

In mehreren Besprechungen wurde beschlossen, vierzehn Mitglieder des U. und S. Rates und andere im Vordergrund stehende Revolutionäre zu verhaften. Diese sollten am Montag morgen 6 Uhr in ihrer Wohnung festgenommen und mittels Auto dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Am Montag abend sollte das

Nathaus militärisch besetzt werden.

Von einer Gruppe Kapitalisten war nach der Erklärung Wiers eine halbe Million zur Verfügung gestellt, mit der die Verschworenen bestochen werden sollten. Auch Senatsmitglieder waren von dem Plan unterrichtet.

Am Freitag abend fanden in dem Hotel „Vier Jahreszeiten“ Besprechungen Jellers und seiner Mitverschworenen mit 8-10 Geldgebern statt. Hier wurden alle Einzelheiten durchberaten. Die Kapitalisten versprachen, Geld in unbefränktem Maße zur Verfügung stellen zu wollen. Am Sonntag nachmittag hatte Jeller mit den übrigen Verschworenen in einem Hamburger Restaurant eine Fluchtbesprechung. Hierbei wurden sie durch den Arbeiter- und Soldatenrat festgenommen, der bereits seit einigen Tagen vom Stande der Dinge Kenntnis hatte. Welche Kapitalistenkreise an dem Putsch beteiligt sind und wie weit er in offizielle Kreise hineinspielt, wird noch später mitgeteilt werden.

In der heutigen Zeit, wo Verschwörungen und Gegenverschwörungen in den Köpfen zahlreicher Zeitgenossen spulen, kann die Richtigkeit dieser Darstellung nicht von vornherein abgelehnt werden. Manche Einzelheiten klingen allerdings ganz ungläublich.

Der genannte Redakteur Wiers ist nach unserer Kenntnis ein sehr regsamer Herr von orientalischer Phantasie, der sich eine Zeitlang als Kriegsberichterstatter betätigte und schon immer großen Plänen „wagte“. Besonders ernsthaft ist er nicht zu nehmen.

Englische Kreuzer in Neufahrwasser.

Sonntag mittag liefen die englischen geschützten Kreuzer „Centaur“ und „Coventry“ in den Hafen von Neufahrwasser ein; angeblich sollen sie den Abtransport der in Danzig zusammengezogenen englischen Gefangenen übernehmen.

Die Türken verlangen die Auslieferung ihrer Staatsmänner.

Im Auftrage ihrer Regierung hat die türkische Botschaft in Berlin bei der deutschen Regierung die Auslieferung des früheren Großvezirs Talaat Pascha, des früheren Kriegsministers Enver Pascha, sowie einer Anzahl anderer Mitglieder der früheren Regierung beantragt, die nach Deutschland geflüchtet seien.

Nach hier vorliegenden sicheren Nachrichten hat Enver Pascha zwar Konstantinopel verlassen, ist aber nicht nach Deutschland gekommen. Eine Auslieferung Talaat Paschas kommt nicht in Frage, da er als politischer Flüchtling zu betrachten ist.

Bei den übrigen Personen handelt es sich nach den bisher vorliegenden Angaben nicht nur um politische, sondern auch um gewöhnliche Straftaten. Wegen dieser Straftaten würde eine Auslieferung auch bei ihnen selbstverständlich ausgeschlossen sein. Wegen der gewöhnlichen Straftaten würde dagegen ihre Auslieferung zu erfolgen haben, sofern nachgewiesen wird, daß die im deutsch-türkischen Auslieferungsvertrage vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind. Die türkische Regierung hat die Verbringung der erforderlichen gerichtlichen Urkunden in Aussicht gestellt und hat beantragt, den Aufenthalt der Beschuldigten zu ermitteln und sie vorläufig festnehmen zu lassen.

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 12. Dezember 1918.

Landesherr-Spende. Der Volksspende sind aus dem Reich über 150 Millionen Mark zugeflossen. Dieses glänzende Ergebnis übersteigt bei weitem die Erträge aller bisherigen Kriegswohlfahrtsvereinigungen. Erzielt konnte es nur werden, weil alle Kreise des deutschen Volkes im Gefühl, daß jeder nach seinen Kräften für die Opfer des Krieges eintreten muß, einmütig zusammenstanden. Abgesehen von Industrie und Handel, aus denen der Speid hohe Beträge zufließen, verdient insbesondere die deutsche

zu tun gehabt. Freilich, einen Denkjettel hätte der Baron von mir ja gekriegt, wenn ich mal mit ihm ohne Zeugen zusammengetroffen wäre, ermordet hätte ich ihn aber nicht. Denn einen Menschen umzubringen, dazu gehört doch mehr. Nein, ich habe den Baron nicht erschossen.“

„Sie wollen Ihr Gewissen also nicht durch ein Geständnis entlasten?“ fragte der Richter.

„Was ist das, ein Gewissen?“ fragte Ruschke. „Einen solchen Luxus können wir Armen uns nicht leisten, um so mehr, da nicht einmal alle Reichen ein solches besitzen.“

„Ihre Frivolität wird Ihnen wohl vergehen, wenn Sie vor Ihren Richtern stehen!“ donnerte der Untersuchungsrichter den Tagelöhner an. „Sie scheinen immer noch nicht einsehen zu wollen, daß Ihr baronisches Leugnen Ihnen den Kopf kosten wird. Nur wenn Sie ein reumütiges Geständnis ablegen, und dadurch Ihre Richter zur Milde stimmen, können Sie vor dem Schaffot bewahrt werden, andernfalls ist Ihr Leben verurteilt!“

„Man kann mir doch nicht beweisen, daß ich den Baron erschossen habe!“ antwortete Ruschke.

„Das lassen Sie nur Sache des Gerichts sein, das geradezu erdrückende Schuldbeweise gegen Sie und den Müller besitzt.“ gab der Untersuchungsrichter zurück.

„Die möchte ich kennen lernen,“ bemerkte Ruschke spöttisch. „Wenn ich den Baron nicht erschossen habe, kann man mich doch nicht für ein Verbrechen bestrafen, das ich nicht beging.“

„Die Zeit ist nicht mehr fern, da Sie Ihr zynisches Gebaren bitter bereuen werden. Dann aber ist es zu spät. Die Schuldbeweise gegen Sie und den Müller sind lückenlos. Es ist auch nicht der geringste Zwischenraum darin, durch den Sie entflüchten könnten. Nochmals rate ich Ihnen in Ihrem eigensten Interesse: Legen Sie ein Geständnis ab!“

Fortsetzung folgt.

Arbeiterschaft wärmsten Dank. In vielen kleinen Gaben, die teilweise nur unter erheblichen Opfern möglich waren, hat sie zu dem glänzenden Erfolg beigetragen. Die Volksspende hat der Kriegsbeschädigtenfürsorge zwar große Mittel zugeführt, groß aber sind auch die Aufgaben, die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge gerade jetzt infolge der Demobilisierung erwachsen. Wenn, wie fest zu erwarten, die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihr Ziel, alle Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit wieder zu arbeitsfreudigen und zufriedenen Volksgenossen, zu nützlichen erwerbstätigen Gliedern des deutschen Wirtschaftslebens zu machen, erreicht, so verdankt sie das wesentlich der Unterstützung, die ihr durch die Opferfreudigkeit des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Stellung und Partei ermöglicht wurde. So wird das von dem deutschen Volke den Kriegsbeschädigten dargebrachte Opfer nicht nur den Kriegsbeschädigten, sondern dem gesamten deutschen Volk und seiner Zukunft.

Capitalabfindung und Todesfall. Bei der Durchführung von Ansiedlungsfällen ist die Frage aufgeworfen worden, ob nach dem Tode eines Kriegsbeschädigten, welcher für einen Teil der Versorgungsgebühren eine Kapitalabfindung erhalten hat, die Abfindungssumme wieder an den Reichsiskus zurückgezahlt werden muß. Dieses ist selbstverständlich nicht notwendig. Im Kapitalabfindungs-Gesetz sind diejenigen Fälle, in denen die Rückzahlung des Kapitals verlangt werden kann, erschöpfend aufgezählt. Der Tod des Abgefundenen gehört nicht zu den aufgezählten Fällen. In diesem Falle trägt der Staat das Risiko bei einem frühen Tode des Abgefundenen, wobei selbstverständlich ist, daß der Abgefundenen auch keine weiteren Ansprüche erheben kann, falls er sehr lange lebt.

X Pferde-Versteigerung. Das 2. Bataillon des Reg. Instr. Regis. Nr. 223 läßt am Freitag, den 13. d. Mis., mittags von 12 Uhr ab in Altshausen (Kreis Wehlar) etwa 100 Militärpferde öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung veräußern.

— Konzert. Die Kapelle des gegenwärtig hier in Quartier liegenden Infanterie-Regiments Nr. 17 veranstaltete gestern nachmittag von 2-3 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz eine Promenade-Musik, zu der sich viel Publikum eingefunden hatte. Dasselbe war für die Darbietungen der Kapelle recht dankbar und spendete lebhaften Beifall.

Die 98. Frankfurter Pferde-Vatterie, deren Ziehung am 18. Dezember stattfindet, ist die bei Kriegsausbruch verschobene Ausziehung. Die Lose erfreuen sich eines stotenden Zuspruchs, da man diesmal nicht nur Pferde und landw. Maschinen, sondern auch praktische Möbelstücke — wie ein Klavier — und wertvolle Brillantringe als Gewinne angekauft hat. Auch für den Fall, daß einzelne Gewinner ihren zugefallenen Gegenstand veräußern wollen, ist entsprechende Vorsorge getroffen. Der Gesamtwert der Gewinne beträgt 64000 Mark und die Verlosung wird, wie üblich, in Frankfurter Saalbau abgehalten.

Die Mitglieder-Versammlung der Demokratischen Partei im „Lord“ am Dienstag abend war außerordentlich stark besucht. Herr Dr. Schwarte und Herr Schuster-Cubach berichteten über den Landesparteitag in Wiesbaden und die Besprechung in Frankfurt. Das Ergebnis der anschließenden Debatte war folgende Resolution, die nahezu einstimmig von der Versammlung angenommen wurde: „Die Demokratische Partei für den Oberlahnkreis strebt auf der Grundlage der Beschlüsse der Berliner Parteitelungen der „Demokratischen Partei“ und der „Deutschen Volkspartei“ die Sammlung aller demokratisch gesinnten Liberalen des Kreises an. In Uebereinstimmung mit der Resolution des Landesparteitages der „Demokratischen Partei für Nassau/Frankfurt“ vom 7. Dezember d. J. erscheint ihr eine Aufnahme geschlossener nationalliberaler oder anderer rechtsstehender Organisationen mit den Interessen wahrer Demokratie unvereinbar. Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau aber, die aufrichtig und überzeugt aus dem Boden der Demokratie stehen, sind ihr willkommen.“

Die Versammlung beschäftigte sich dann unter anderem mit der geplanten „Politischen Schulung für Frauen“, die nach dem Muster der vom „Verband Frankfurter Frauenvereine“ und Frankfurter Hochschullehrer veranstalteten politischen Fortbildungskurse stattfinden soll. Die Unterweisung soll politisch-neutral sein, sodas die politisch allgemein gebildete Frau sich der ihrer Anlage und Reizung zunächst stehenden Partei zuwenden und innerganz ihrer Partei eine besondere Parteibelehrung empfangen kann. Die Kurse sollen kostenlos sein und durchaus vollständig gehalten werden, damit jede Frau des Volkes sie verstehen kann. Auf Wunsch vieler Frauen beginnen die Kurse schon am nächsten Freitag abends 8 Uhr im „Lord“ (Thema: „Die Parteibildung, ihr Wesen und ihre Organisation“). Den zweiten Vortrag in der nächsten Woche wird eine Dame halten, die lange in der Frauenbewegung gestanden hat. Zum Schluß wählte die Versammlung einstimmig Herrn Dr. Schwarte zum 1. und Herrn Schuster-Cubach zum 2. Vorsitzenden, Herrn V. Jessel zum Schriftführer und Frau A. Böck zur Kassiererin. Am nächsten Sonntag 3 1/2 Uhr nachmittags veranstaltet die „Demokratische Partei“ im Saalbau eine öffentliche Volksversammlung, in der Herr Bürgermeister Dr. Luppe aus Frankfurt a. M. und Herr Arbeitersekretär Böker die Referate übernehmen werden.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 12. Dezember 1918.

Die neue Regierung hat angeordnet, daß in Zukunft Ordensauszeichnungen nicht mehr verliehen werden. Es sei hierauf besonders hingewiesen, weil noch fortgesetzt Anträge auf Verleihungen von Orden und Beschwerden wegen Nichtberücksichtigung eingehen.

Die Fahnen einziehen! Da der Durchmarsch der Truppen durch unsere Stadt sein Ende erreicht hat, sei die Einwohnerschaft darauf hingewiesen, die Fahnen einzuziehen und den Gütlandschmuck in den Straßen und an den Häusern zu entfernen.

Vermischte Nachrichten

Niederlahnstein, 10. Dez. Der Wasserstand des Rheins ist jetzt so niedrig, daß hier die „Hungersteine“ aus den Fluten ragen. Seit dem heißen und darrren Sommer 1911 wurden die Steine nicht mehr gesehen.

Wiesbaden, 10. Dez. Englische Blättermeldungen zufolge soll Wiesbaden als französisches Hauptquartier in Aussicht genommen sein. Zurzeit hat Marschall Foch sein Hauptquartier in Luxemburg.

Frankenberg, 10. Dez. Der Arbeiter- und Soldatenrat Frankenberg ist wegen fortgesetzter Eibung der Organisation der Volksernährung und der damit verbundenen öffentlichen Ruhe und Ordnung aufgehoben worden.

Sangerhausen, 9. Dez. Dem hiesigen Bezirkskommando wurde von der Polizei ein interessanter Fall zur Untersuchung übergeben, der sich in Artern ereignet hat. Der dort beheimatete Erfahrungserwis Unger hat bei dem eiligen Räumungsrückzug es verstanden, trotz der Bahnschwierigkeiten unter der Deckadresse eines Leutnants einen ganzen Wagon schöner Sachen heimzuleiten, dessen Inhalt er schon zum Teil in seiner Wohnung untergebracht hatte. Der Wagon hatte enthalten: zwei Pferde mit Geschirr, zwei Esel, Pühner, Militärdecken, einige Häute Leder, eine große Getreideplane, zwei Motoren, mehrere Geschirre, Betteln, Reisfeldbe mit Bekleidung usw., ein Sack Soda, eine Kiste Farbe, eine Kiste Lichter und Seife, acht Kisten Wein, drei Kisten Bonbons, eine Kiste Schokolade, einen halben Zentner Zwieback, Reis, Gerste und eine Anzahl Brote.

Berlin, 7. Dez. Wie die Soldaten über Hindenburg denken, zeigte sich, laut Berliner Blättern, in einer sozialdemokratischen Versammlung in den Augusta-Viktoria-Sälen, wo der Schöneberger Stadtrat Mollenbuhr sprach. Ein Spartakus-Volkshewit wandte sich dagegen, daß die Soldatenräte auch einem Hindenburg Gerechtigkeitswiderfahren ließen. Ein sozialdemokratischer Landsturmmann, ein Schwerverwundeter, stand darauf auf und bemerkte zu dem Spartakusmann: „So könne doch nur einer sprechen, der nicht im Felde gewesen sei. (Sehr richtig.) Denn darüber seien sich doch alle Feldsoldaten einig, gleichviel welcher politischen Anschauung sie sein mögen, daß Hindenburg wie ein Vater für seine Soldaten gesorgt habe, wo er nur sorgen konnte. Es sei darum ganz in der Ordnung und recht und billig, daß Hindenburg unter den Schutz des Volkes gestellt sei. Er habe es wahrlich verdient.“

Danzig, 10. Dez. [Bubenstreiche.] In Bronke bewaffnete sich der polnische Artz. in deutsche Uniform gekleidet, mit einer Kzi und zog mit großem Geolge zur Kollgasse, die er umhockte und zersplitterte. Dann zog die Polizei zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal, warfen dem einen Kaiser einen Strich um den Hals, zogen ihn vom Sockel herunter und schleiften ihn mit großem Hallo um den Marktplatz herum. — So tief sind wir gesunken, daß wir uns solche Schamlosigkeit wehrlos gefallen lassen müssen, sagt die „Danz. Allg. Ztg.“ dazu.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 12. Dez. Am Dienstag mittag fand unter großem Jubel der Bevölkerung in Berlin der Einzug der Berliner Garde in die Reichshauptstadt statt. Die Truppen wurden mit Hoch- und Hurraufen begrüßt. Besonders herzlich wurden die Truppenteile empfangen, die bis in die letzten Kriegstage hinein besonders schwere Kämpfe auszuhalten hatten.

Polnische Besetzung Danzigs.

Havas meldet aus Amsterdam: Die polnisch-amerikanische Division, die unter dem Befehl General Dallers steht, ist nach Havre abgereist, wo sie sich nach Danzig einschiffen wird. Sie wird die Provinz Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen.

Abbruch der deutsch-spanischen Beziehungen.

Nach einer halbamtlichen Meldung aus Madrid wird der „Nationalzeitung“ aus dem Haag übermittelt, daß der neue spanische Premierminister Romanones den deutschen Gesandten Prinz Kallibor wegen seiner Spionagepropaganda ausweisen wird. Gleichzeitig wird aus Berlin gemeldet, daß der bisherige spanische Botschafter Polo de Serrano von seiner Regierung abberufen ist. Ein neuer Botschafter soll erst dann wieder ernannt werden, wenn in Deutschland wieder gesicherte Zustände hergestellt sind. — Die Entente-Wählerkreise haben also in Spanien ihren Zweck erreicht, denn die angebliche deutsche Spionage ist nur ein Vorwand.

Spernung der Universität Straßburg.

Wie die Waffenstillstandskommission in Berlin mitteilt, ist die Universität Straßburg von den Franzosen gesperrt worden. Alle Professoren sind entlassen und zwar ohne Gehalt und ohne Pension.

Für die Küche.

Apfelsuppe. Ein Pfund Äpfel, eine Tasse Gries, Sago oder Graupen, etwas Zimmt oder Nelken, eins bis zwei Eßlöffel Zucker. Die Äpfel werden weich gekocht durch ein Sieb gerührt, dann der abgerührte Gries oder Graupen in der durchgerührten Masse weichgekocht. Hierauf mit Zucker und etwas Salz abschmecken und einige geröstete Brotkrümel dazu geben.

Amtlicher Teil.

Weilburg, den 12. Dezember 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Nach telegraphischer Weisung der Kommandantur des Kriegsgefangenenlagers Wehlar sind sämtliche Kriegsgefangenen — außer Russen — sofort nach dem Lager Wehlar zu verbringen.

Die Herren Bürgermeister wollen dafür sorgen, daß der Auftrag sofort ausgeführt wird.

Der Landrat.

Grösste Auswahl passender Weihnachts-Geschenke:

Damen-Blusen Mäntel Kostüme Röcke
Jacken-Kleider Pelze Unterröcke

Seidenstoffe Sammele

Damen- u. Kinderschürzen Korsetts
Taschentücher Kravatten Hosenträger
Damen-Handschuhe Herren-Handschuhe
Damen-Strümpfe Herren-Strümpfe
Damen-Kragen Herren-Kragen

Vorteilhafte Preise.

J. C. JESSEL, Hindenburgstr. 4.

Warnung.

Alle Erlaubnisscheine zur Ausübung der Jagd in dem Jagdbezirk Efferdhausen, welche vor dem 1. September 1918 ausgestellt sind, erkläre ich hiermit für ungültig, da ich vom 1. September 1918 ab alleiniger Jagdpächter bin.

Ich warne hiermit die Personen, welche noch im Besitz eines solchen Erlaubnisscheines sind, die Jagd weiter auszuüben, da ich dieselben wegen unerlaubten Jagens zur Anzeige bringen werde.

Efferdhausen, den 10. Dezember 1918
Fritz Fuchs, Jagdpächter.

Apollo-Theater.

Weilburg. (Vielspiele.)
Limburgerstr. 6. Limburgerstr. 6.
Heute und folgende Tage
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Vorstellung.

Sein Todfeind.

Abenteuer eines jungen Diplomaten.

Das rote Pantöffelchen.

Lustspiel in 2 Akten.

Die Direktion.

Sin aus dem Felde zurückgekehrt und bringe mein

Maler- und Tüncher-Geschäft

in empfehlende Erinnerung.

Christian Dragässer,

Maler- und Tünchermeister.

Platzgasse 2.

Möglichst sofort

Landhaus

ca. 8 Zimmer mit größerem Garten und ca. 10-20 Morgen Acker und Wiesen von Selbstreflektanten zu mieten gesucht. Späterer Ankauf nicht ausgeschlossen. Die Befähigung soll sich zu Geflügel- und Kleintierzucht eignen. Eventuelles lebendes und totes Inventar wird übernommen. Ausführliche Offerten mit Ansicht unter H. 100 an die Geschäftsstelle.

Bekanntmachungen der Stadt Runkel.

Die Einwohner Runkels werden dringend ersucht etwas sparsamer mit der Elektr. Beleuchtung umzugehen, da sonst die Maschine gefährdet und es nicht ausgeschlossen ist, daß wir einige Wochen gar kein Licht haben. Petroleum und Kerzen werden uns so spärlich geliefert, daß dies nur für unvorhergesehene Fälle ausbewahrt werden muß. Der Anschluß an die Hauptzentrale ist im Gange.

Runkel, den 7. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Öffentlicher Wetterdienst.

Voraussichtliche Witterung für Freitag, 13. Dezember.
Meist trübe und neblig und nur vorübergehend etwas aufheitend, vielerorts noch leichte Niederschläge.

Volksbibliothek-Verein Weilburg.

Freitag, den 13. Dezember, nachm. 4 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Bibliothek-Revisionsbericht.
3. Rechnungsablage des Kassierers.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Besprechung von Vereinsangelegenheiten.

Weilburg, den 10. Dezember 1918.

Der Vorstand.

Scheerer, Vorsitzender.

Deutsche Demokratische Partei

für den Oberlahnkreis.

Freitag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Lord“

Politischer Fortbildungskursus f. Frauen.

Thema: „Die Parteibildung, ihr Wesen und ihre Organisation“.

Alle Frauen sind eingeladen.

Rotes Kreuz.

Abteilung 2.

Freitag, den 13. d. Mts., nachm. 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hause“:

Sitzung des Gesamtausschusses.

Weilburg, den 10. Dezbr. 1918.

Scheerer.

Bergleute

finden lohnende und dauernde Arbeit auf unserer Grube
Georg Josef bei Gräveneck.

Meldungen beim Betriebsführer.

Buderus'sche Eisenwerke, Wehlar.

Frauen und Mädchen

zum Weißbrotbacken sofort gesucht.

Gewerkschaft Honigborn.

Fruchtpreise.

Frankfurt, 9. Dezember 1918.

Weizen hiesiger 33.50-40.00 M., Roggen 31.50-40.00 M., Gerste (Nied- und Pfälzer) 30.00-40.00 M., Gerste (Wetterauer) 30.00-40.00 M., Hafer (hiesiger) 30.00-40.00 M., Mais 45.00 M.

Schnellhefter

vorrätig bei

H. Gramer.



Berlinflitze. (Oberlahn-Kreis).

Hermann Schäfer, Freienfels, gefallen 23. 10. 18.
Wilhelm Beck, Dillhausen, leicht verwundet 5. d. Tr.
Karl Steios, Ennerich, schwer verwundet.
Aug. Becker, Nümenau, † infolge Krankheit 5. 10. 18.
Otto Wengertoth, Schupbach, leicht verwundet.
Uffz. August Lang, Lägendorf, vermisst.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Morgen Freitag, den 13. Dezember, von vormittags 10 Uhr an, kommt in der Kreiswildstelle von Georg Zimmel, Marktplatz,

Wild im Ausschmitt

soweit Vorrat reicht, für die Nr. 601-625 gegen Fleischarten zum Verkauf.

Die Fleischverteilungsstelle.

Heute Donnerstag nachm. 6 Uhr geben wir in der Metzgerei Chr. Kremer

Wurstsuppe

von Nr. 1-200 ab. Fleischarten sind mitzubringen.

Die Fleischverteilungsstelle.

Die Hausbesitzer werden aufgefordert, sofort die Bürgersteige zu reinigen.

Die Polizeiverwaltung.

Fertige Suppen

auf Bezugsabschnitt 19 können abgeholt werden.

Weilburg, den 12. Dezember 1918.

Lebensmittelstelle.

Weißkraut

geben wir jede Woche, und zwar Dienstag und Freitag vormittags von 11-12 Uhr im Schlosshofe zum Preise von 10 Pfg. das Pfd. ab.

Lebensmittelstelle.

Durch den immer größer werdenden Verbrauch von elektr. Arbeit sind wir gezwungen, in der Hauptsache die Dieselmotoren mitarbeiten zu lassen. Nicht allein infolge der Schwierigkeiten der Transportmittel und der erhöhten Kosten für Öl, sondern auf Grund der Bestimmungen des Herrn Reichskommissars für Wasser, Gas und Elektrizität sind wir gezwungen vom 10. Dezember ds. Js. eine Einschränkung elektrischer Arbeit nach den erlassenen Bestimmungen (20 % gegen den gleichen Monat des Vorjahres 1917) eintreten zu lassen.

Bei Ueberschreitung des nur zutreffenden Verbrauches wird ein Zuschlag von 50 Pfg. pro Kilowattstunde in Anrechnung gebracht.

Wir ersuchen daher um strengste Befolgung der Bekanntmachung.

Der Magistrat.

Wohnhaus

in bester Lage der Stadt unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

La Wurstfordel

offert

Ernst Dienzbach, Radf.

Inh.: Rogg Hall, Niedergasse,

Zugleiste, hochtragende

Fahrkuh

zu verkaufen.

Geinrich Ebert, Löhberg.

Junges Mädchen

zum Gläserputzen und für

kleine Handreichungen gesucht.

Hotel Traube.

Zwei

möbl. Zimmer

zu vermieten!

Zu erf. i. d. Geschäftsst.

Herr sucht für 15. Debr.

möbl. Zimmer.

Angebot an

Kanert, Limburg,

Guteplatz 3.

Ordentliches

Dienstmädchen

zum 1. Januar gesucht.

Hainstraße 1.

Möbl. Zimmer

möglichst mit Pension von ein-

zeltem Herrn sofort gesucht.

Offerten unter W. 20 an

die Geschäftsstelle.

Ordentliches

Dienstmädchen

für sofort oder zu Weihnach-

ten gesucht.

Stum, Photograph.

Das Einrahmen von Bildern

wird billig und prompt

beforgt. Weihnachtsauf-

träge erbitte bald zu bestellen.

A. Dittort.

Demokratische Partei.

Freitag, den 13. Dezbr.,

abends 8 Uhr, Polit. Fort-

bildungskursus für Frauen

im „Lord“.

Sozialdemokratische Partei.

Sonntag, den 15. Dezbr.,

nachm. 2 Uhr, Mitgliederver-

sammlung im Restaurant „Zur

Post“.

Monatmädchen

sofort gesucht. Wo sagt die

Geschäftsstelle.